

Walter Wallmann neuer Umweltminister

## Der Kanzler handelte schnell und konsequent

Bundeskanzler Helmut Kohl hat auf die Ängste und Sorgen unserer Bürger nach dem schweren Reaktorunfall im sowjetischen Tschernobyl schnell und mit Augenmaß reagiert. Am Dienstag, 3. Juni 1986, gab er vor der Bundespressekonferenz in Bonn bekannt, daß der bisher so erfolgreiche Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, der hessische Landesvorsitzende Walter Wallmann, zum neuen Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit berufen werde.

Die Erklärung des Kanzlers hat folgenden Wortlaut: Die Erfahrungen mit dem sowjetischen Reaktorunglück zwingen zu Konsequenzen. Ich habe unverzüglich die Initiative ergriffen, um im internationalen Rahmen zu mehr Informationsaustausch insbesondere bei Störfällen und zur Vereinbarung von Standards für möglichst hohe Sicherheit bei der friedlichen Nutzung von Kernenergie zu kommen. Meine Anregung zu einer solchen internationalen Konferenz ist inzwischen von fast allen Ländern, die in Ost und West Kernkraftwerke betreiben, positiv aufgegriffen worden.

Auch im nationalen Rahmen müssen wir aus den Erfahrungen lernen. Dabei geht es mir vor allem um die Konzentration der Kompetenzen. Wir werden deshalb gesetzgeberische Schritte einleiten, um die Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vor allem zur Vorsorge gegen Auswirkungen von Störfällen aus dem Ausland klar zu regeln.

### HEUTE LESEN SIE:

- **DOKUMENTATION**  
Die Folgen von Tschernobyl.  
Grüner Teil
- **BUNDESVORSTAND**  
Wortlaut der Erklärung zur niedersächsischen Landtagswahl am 15. Juni 1986. Seite 5
- **JUSTIZ**  
Staatsanwaltschaften Köln und Koblenz stellten Ermittlungen gegen Helmut Kohl ein. Dazu Generalsekretär Heiner Geißler: Der politische Rufmord ist gescheitert. Seite 8
- **SOZIALPOLITIK**  
Norbert Blüm: An der lohn- und leistungsbezogenen Rente wird nicht gerüttelt. Seite 10
- **DGB-KONGRESS**  
Die Idee der Einheitsgewerkschaft ist in Gefahr. Seite 12
- **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**  
Mitgliederwerbung: Wir schulen Aktionsleiter. Machen Sie mit! Seite 18

Innerhalb der Bundesregierung müssen wir die Zuständigkeiten zusammenfassen. Ich habe mich deshalb entschieden, ein Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu bilden. Ich werde dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Herrn Walter Wallmann, zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu ernennen. Ich gehe davon aus, daß Walter Wallmann noch in dieser Woche seinen Amtseid vor dem Deutschen Bundestag leistet und seine Amtsgeschäfte aufnehmen kann.

Mit der Entscheidung, ein eigenes Umweltministerium zu bilden, setze ich die Linie fort, die ich schon in den Regierungserklärungen von 1982 und 1983 vorgezeichnet habe. Obwohl damals die katastrophale wirtschaftliche Lage mit ihren verheerenden Folgen für das gesellschaftliche und soziale Leben der alles beherrschende Gedanke war, habe ich bereits zu diesem Zeitpunkt unmißverständlich die Bedeutung unterstrichen, die der Umwelt in meiner Regierungspolitik zukommt. Ich habe damals im Bundestag festgestellt:

*„Wir wollen eine Gesellschaft, die sich ihrer Verantwortung für die Natur bewußt ist.“*

*„Wir sind alle verpflichtet, die uns anvertraute Umwelt auch den nachfolgenden Generationen zu erhalten ... Der technische Fortschritt muß Rücksicht auf die Umwelt nehmen.“*

Die Erfolge der Koalition aus CDU/CSU und FDP in der Umweltschutzpolitik sind beachtlich — auch im internationalen Vergleich.

Als Beispiele nenne ich:

- die Großfeuerungsanlagenverordnung,
- zwei Novellierungen der TA Luft,
- die Einführung des umweltfreundlichen Autos,

- Novellierungen zum Gewässerschutz und zur Abfallbeseitigung,
- unsere Bodenschutzkonzeption,
- internationale Aktivitäten, wie die von mir angeregte Umweltschutzkonferenz 1984 in München.

Diese Bundesregierung hat in den knapp vier Jahren ihrer Amtszeit mehr für die Umwelt getan, als alle Vorgängerregierungen.

## Dank und Anerkennung für Friedrich Zimmermann

Mir liegt daran, dem Kollegen Zimmermann und den anderen für Umweltschutzfragen zuständigen Kollegen ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung für erfolgreiches Bemühen um eine gesunde Umwelt zu sagen.

Meine Absicht ist es, die Umweltschutzpolitik weiter zu verstärken. Es geht mir darum, die gesetzgeberischen und verwaltungsmässigen Vorkehrungen zu treffen, die ein Höchstmaß an zuverlässigen Einschätzungen möglicher Entwicklungen und an sachgerechten Antworten auf die Herausforderungen der Umweltschutzprobleme erwarten lassen. Diesem Ziel dient die Bildung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. In ihm werden folgende umweltrelevante Arbeitseinheiten zusammengefaßt:

- aus dem Bundesministerium des Inneren die Abteilung Umweltangelegenheiten mit vier Unterabteilungen und die Abteilung Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, Strahlenschutz mit zwei Unterabteilungen,
- aus dem Landwirtschaftsministerium die Unterabteilung Umwelt, Naturschutz,
- aus dem Ministerium für Familie, Jugend und Gesundheit die Bereiche gesundheitliche Belange des Umweltschutzes, Strahlenhygiene, Rückstände von Schadstoffen in Lebensmitteln und Chemikalien.

## **Auf die Sorgen und Ängste der Bürger reagieren**

Die Zusammenfassung verschiedener Entscheidungsträger in Sachen Umweltschutz in einem Ministerium wird helfen, die Entscheidungsprozesse zu verkürzen. Ich erwarte von dem neuen Ressort überzeugende Lösungsvorschläge für die aktuellen Probleme und Antworten auf die sich zukünftig abzeichnende Entwicklung in allen Bereichen des Umweltschutzes und der Reaktorsicherheit. Aufgabe des neuen Ministeriums wird es sein, mit Verständnis für die Ängste und Sorgen unserer Bürger die Arbeit rasch aufzunehmen und sich um bestmögliche Lösungen zu bemühen.

Mit Herrn Wallmann wird ein angesehenen und erfahrener Politiker die Leitung dieses Ministeriums übernehmen. Walter Wallmann hat in schwieriger Zeit die Verantwortung für eine moderne Großstadt übernommen und dabei Sachgerechtigkeit mit Bürgernähe verbunden. Er ist einer der erfolgreichsten deutschen Oberbürgermeister.

Die organisatorische Neugliederung entspricht Überlegungen, die ich seit geraumer Zeit anstelle. Die derzeitige Organisation der Bundesregierung reicht in die siebziger Jahre zurück. Veränderte Probleme und Herausforderungen machen entsprechende Anpassungen erforderlich.

## **Frauenpolitik stärker verankert**

Eine zweite entscheidende Zukunftsfrage — neben Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit — ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ich habe mich daher entschieden: Die Frauenpolitik ist im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit auszubauen und das Ressort in ein Ministerium für Jugend,

Familie, Frauen und Gesundheit umzuwandeln.

Zur Verstärkung der Kompetenzen dieses Ministeriums wird der bisherige Arbeitsstab „Frauenpolitik“ zu einer Abteilung. Schon jetzt wird das zuständige Referat aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Frau und Beruf, in das neue Ministerium eingegliedert. Im Gegensatz zu bisher erhält das erweiterte Ministerium in diesem Bereich die Federführung für Frauenfragen einschließlich der Gesetzgebungskompetenzen. Damit werden erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Voraussetzungen für eine wirksame Politik für die Frauen geschaffen. Ich bin sicher, daß diese Entscheidungen dazu beitragen, die Arbeit der Bundesregierung erfolgreich fortzusetzen und auf neue Herausforderungen überzeugende Antworten zu finden. ■

## **Kohl gratuliert Christdemokraten in Lateinamerika zum Wahlsieg**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat dem Vorsitzenden des Partido Reformista Social Cristiano, Joaquin Balaguer, am 29. Mai 1986 zu seinem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen in der Dominikanischen Republik persönlich und im Namen der CDU Deutschlands herzlich gratuliert. In dem Glückwunschtelegramm schreibt der Bundeskanzler u.a.: Dieser Wahlsieg ist ein Zeichen der demokratischen Reife des Volkes der Dominikanischen Republik, das jeglicher Beeinflussung der Auszählung des Wahlergebnisses entschlossen Widerstand geleistet hat. Diese erneute Übertragung der Verantwortung an Sie ist ein Zeichen des Vertrauens der Bürger der Dominikanischen Republik in die Führungskraft der Christdemokraten in Lateinamerika.

## Mit Walter Wallmann tat Helmut Kohl einen guten Griff

„Gönnen Sie mir und sich selbst den Genuß, daß etwas mal nicht durch In-diskretion bekannt wird.“ Gut gelaunt präsentierte sich Helmut Kohl vor der Bundespressekonferenz, als er den überraschten Bonner Journalisten die Ernennung Walter Wallmanns zum neuen Umweltminister bekanntgab. Neben dem Kanzler sitzend genoß Walter Wallmann den Überraschungscoup sichtlich mit. Auf die Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit angesprochen, reagierte Walter Wallmann, wie es seine Art ist, zurückhaltend und behutsam.

„Ich liebe nicht die großen vollmundigen Erklärungen am Beginn einer Amtszeit.“ Wer Wallmann kennt, weiß, daß er zunächst einmal eine Bestandsaufnahme vornehmen wird, um sich sachkundig zu machen und sich erst dann zur Sache äußern wird.

Der am 24. September 1932 in Uelzen geborene Wallmann — Sohn eines Realschullehrers, promovierter Jurist — wurde einer breiteren Öffentlichkeit erstmals bekannt, als er von Juni 1974 bis Februar 1975 den Guillaume-Ausschuß des Deutschen Bundestages leitete, wo die Hintergründe des Spionagefalles im Kanzleramt und des Rücktritts von Willy Brandt geklärt wurden. Danach war er parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bevor er 1977 sich auf Wunsch von Helmut Kohl der Oberbürgermeister-Wahl von Frankfurt stellte. Die als sozialdemokratische Hochburg betrachtete Mainmetropole war inzwischen unregierbar geworden. Was kaum möglich erschien, trat ein: Walter Wallmann wurde neuer Oberbürgermeister von Frankfurt und hat diese Stadt



heute wieder zu einer der bemerkenswertesten Metropolen Westeuropas gemacht. Er gab der unter den Sozialdemokraten verkommenen Stadt wieder neue Lebensqualität, sorgte für Ruhe und Ordnung und dafür, daß sich die Frankfurter heute in ihrer Stadt wieder wohl fühlen können. Die Bürger dankten es ihm, in dem sie ihn 1983 mit absoluter Mehrheit wiederwählten.

Wallmann geht nicht leichten Herzens von Frankfurt weg. Er fühlt sich den Bürgern dort verbunden. Aber er wird nun in Bonn von Helmut Kohl für größere Aufgaben gebraucht. Walter Wallmann wird auch diese Aufgabe meistern. Er ist ein Intellektueller, für den Bildung keine Phrase ist, aber er kennt auch die Sorgen und Nöte der arbeitenden Menschen. „Als Oberbürgermeister kommt man zu vielen Vereinen und Veranstaltungen der Bürger, da erfährt man sehr genau, was die Menschen denken und wollen,“ umriß Wallmann seine Erfahrungen aus Frankfurt. Er wird der hessischen CDU nicht verlorengelassen. Er bleibt hessischer Landesvorsitzender und wird alles daran setzen, um im nächsten Jahr den rot-grünen Spuk in Hessen zu beenden.

# Mit der CDU voran – mit der SPD zurück

## Erklärung des Bundesvorstandes zur niedersächsischen Landtagswahl

**Der Bundesvorstand hat wegen der bevorstehenden Landtagswahl in Niedersachsen am Montag, 2. Juni 1986 in Hannover getagt und dabei folgende Erklärung verabschiedet:**

1. Die niedersächsische Landtagswahl ist eine landes- und bundespolitische Richtungs Wahl von weitreichender Bedeutung. Die CDU rechnet daher mit einer hohen Wahlbeteiligung und einer starken Mobilisierung ihrer Wählerschaft.
2. Wer will, daß Ernst Albrecht Ministerpräsident bleibt, der muß die CDU wählen. Wahlenthaltung nützt der SPD und den Grünen.
3. Die CDU stellt fest: die unverantwortliche Angstkampagne der SPD ist zusammengebrochen.
4. Die SPD will Niedersachsen zu einem Experimentierfeld rot-grüner Politik machen.

### Die niedersächsische Landtagswahl ist eine landes- und bundespolitische Richtungswahl

Die niedersächsischen Wähler entscheiden am **15. Juni**, ob

- Ernst Albrecht Ministerpräsident bleibt und seine erfolgreiche Politik in Niedersachsen fortsetzen kann oder ob unter Führung von SPD und Grünen die positive Aufwärtsentwicklung in Niedersachsen gestoppt wird und das Land in eine unsichere Zukunft treibt;
- die Bundesregierung ihre erfolgreiche

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik fortführen kann oder ob sie durch einen rot-grün gesteuerten Bundesrat blockiert werden soll.

Eine rot-grüne Politik in Deutschland bedeutet:

- mehr Schulden, steigende Preise, steigende Zinsen,
- höhere Steuern und steigende Abgaben,
- Gefährdung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit,
- Stopp des Aufschwungs, weniger Beschäftigung und mehr Arbeitslose.

### Wer will, daß Ernst Albrecht Ministerpräsident bleibt, der muß die CDU wählen

Ernst Albrecht gehört zu den erfolgreichsten Ministerpräsidenten im Nachkriegsdeutschland. Albrecht steht für Verlässlichkeit, Augenmaß und Menschlichkeit in der Politik. Er genießt das Vertrauen seiner Mitbürger, die in überwältigender Mehrheit wollen, daß Ernst Albrecht Ministerpräsident bleibt. Ernst Albrecht und die Politik der CDU haben aus Niedersachsen ein Aufsteigerland gemacht. Als er 1976 in Niedersachsen die Regierungsverantwortung übernahm, war Niedersachsen wirtschaftlich eines der Schlußlichter unter den Bundesländern. Heute hat Niedersachsen

- überdurchschnittlich hohe wirtschaftliche Wachstumsraten,
- einen überdurchschnittlich hohen Rückgang der Arbeitslosigkeit,

● eine vorbildliche Sozial- und Familienpolitik.

Wer will, daß in Niedersachsen diese positive Entwicklung weitergeht, der muß CDU wählen und darf seine Stimme nicht verfallen lassen.

### Der CDU-Bundesvorstand appelliert

■ an die **Jugend**, die Partei zu wählen, die die Ausbildungs- und Berufschancen entscheidend verbessert, die wichtige Erfolge im Umweltschutz gegen starken Widerstand erreicht hat und, statt Angstmacherei, wirtschaftliche Entwicklung und technischen Fortschritt mit den Forderungen einer menschlichen Gesellschaft vereinbar macht, und so der Jugend wieder Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft gibt;

■ an die **Frauen**, die Partei zu wählen, die die Gleichberechtigung im Lebensalltag vorangebracht und die mit dem Erziehungsgeld, dem Erziehungsurlaub und der Anerkennung von Erziehungszeiten in drei Jahren mehr für die Frauen erreicht hat als die SPD in 13 Jahren;

■ an die **Arbeitnehmer**, die Partei zu wählen, die die von der SPD hinterlassene größte Wirtschafts- und Sozialkrise seit der Währungsreform überwunden und für sichere Arbeitsplätze und mehr Beschäftigung, Preisstabilität und höhere Einkommen gesorgt hat. Die Steuersenkung von 10 Mrd. Mark ist vor allem den Arbeitnehmern und ihren Familien zugute gekommen;

■ an die **Landwirte**, die Partei zu wählen, die sich um ihre Sorgen und Nöte am meisten gekümmert hat und die die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe sichert;

■ an die **Rentner**, die Partei zu wählen, die die Renten wieder sicher gemacht hat;

■ an die **Vertriebenen und Flüchtlinge**, die Partei zu wählen, die dem Wiederver-

einigungsgebot des Grundgesetzes verpflichtet Politik für ganz Deutschland macht, sich für die Verwirklichung der Menschenrechte überall auf der Welt einsetzt und auch für das deutsche Volk das Recht auf Selbstbestimmung fordert.

Die CDU appelliert an die Niedersachsen, nicht diejenigen zu wählen, die den Karren in den Dreck hineingefahren, sondern diejenigen, die den Karren aus dem Dreck herausgezogen haben. Die Kurpfuscher von gestern dürfen nicht zu den Vertrauensärzten von morgen gewählt werden.

### Die unverantwortliche Angstkampagne der SPD ist gescheitert

SPD und Grüne wollen mit einer Strategie der Angst Stimmen gewinnen. Sie geben pauschale und deswegen falsche Antworten auf komplexe Probleme.

Diese rot-grüne Angstkampagne ist an dem Urteilsvermögen der Bürger und an den inhaltlichen Widersprüchen innerhalb der SPD gescheitert. Erst fordern führende Vertreter der SPD den Ausstieg aus der Kernenergie, dann fordern sie den Einstieg in den Ausstieg und jetzt plädieren sie für den Umstieg, der in den Ausstieg aus der Kernenergie münden soll. Die SPD fährt Schlangenlinien, wenn es um ihre Haltung zur Energiepolitik geht. Die SPD hat jede politische Glaubwürdigkeit verloren. Sie treibt wie ein Korken auf den Wellen politischer Stimmungen.

Die CDU ist immer für einen besonnenen energiepolitischen Kurs eingetreten. Die energiepolitischen Grundsätze der CDU sind:

● Wir verwenden alle Energiequellen, die uns zur Verfügung stehen, aber in den Grenzen, die mit der Gesundheit von Mensch und Umwelt vereinbar sind.

● Ohne Kernenergie kann auf absehbare Zeit die Energieversorgung nicht gesichert werden, es sei denn, wir wollen das Todesurteil über unsere Wälder sprechen.

● Bei der Nutzung der Kernenergie hat der Schutz von Gesundheit und Leben der Bürger absoluten Vorrang vor allen anderen Erwägungen.

● Die höchsten Sicherheitsstandards das sind die in der Bundesrepublik Deutschland müssen international verbindlich werden; diesem Ziel dient die vom Bundeskanzler vorgeschlagene internationale Sicherheitskonferenz.

● Ein einseitiges Abschalten deutscher Kernkraftwerke bringt keine zusätzliche Sicherheit gegenüber Gefahren durch sicherheitstechnisch unzureichende Anlagen in anderen Ländern.

● Wir müssen an der Entwicklung anderer Energietechniken der Zukunft — wie z. B. der Fusions- und der Solartechnik — intensiv weiterarbeiten.

Diesem verantwortungsbewußten energiepolitischen Kurs der CDU stimmt auch nach dem Reaktorunfall in der sowjetischen Stadt Tschernobyl die Bevölkerung in ihrer Mehrheit zu.

Der Unterschied zwischen CDU und SPD besteht darin, daß die SPD bequeme, aber unehrliche und die CDU unbequeme, aber ehrliche Antworten gibt.

## Die SPD will Niedersachsen zu einem Experimentierfeld rot-grüner Politik machen

Die politische Bedeutung der Grünen resultiert aus der Tatsache, daß die Sozialdemokraten offenbar bereit sind, sich in das Schlepptau nehmen zu lassen und immer mehr auf die Forderungen der Grünen einzugehen, um so wieder an die Macht zu kommen.

Johannes Rau sagte in der ZDF-Sendung „Journalisten fragen — Politiker antworten“ am 10. April 1986 auf die Frage, wie er zu Schröders Aussage stehe, er wolle sich von den Grünen zum Ministerpräsidenten wählen lassen, folgendes: „Also, das kann ich verstehen, daß Gerhard Schröder das gesagt hat, denn in einer Kommunalwahl oder Landtagswahl sieht das ganz anders aus... Bei der Bundestagswahl aber geht es ja nicht um eine beliebige Wahl..., sondern um nationales Interesse. Die Bundesrepublik ist zu wichtig, als daß sie sich eine Regierung leisten könnte, die nicht stabil ist.“

Dies bedeutet im Klartext: Was für den Bund und Nordrhein-Westfalen falsch und gefährlich ist, soll den Niedersachsen zugemutet werden. Niedersachsen soll nach Hessen das zweite Experimentierfeld für eine rot-grüne Politik werden.

Das wären die verheerenden Konsequenzen eines Paktes zwischen Sozialdemokraten und Grünen:

a) Die Grünen und ein immer größerer Teil der SPD wollen raus aus dem westlichen Verteidigungsbündnis. Damit wären Frieden und Freiheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.

b) Die Grünen und viele Sozialdemokraten wollen eine völlig neue Wirtschaftsorientierung, d. h. „binnenwirtschaftliche Orientierung“ und „Ausstieg aus der weltwirtschaftlichen Verflechtung“, was Millionen von Arbeitslosen zur Folge hätte. Sozialdemokraten und Grüne vergessen, daß jeder dritte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik vom Export abhängig ist.

c) Grüne und Sozialdemokraten würden dazu beitragen, daß, wie die Grünen es beschlossen haben, die Polizei geschwächt, der Bundesgrenzschutz und der Verfassungsschutz abgeschafft und Gewalttäter ermutigt werden, gegen die Strafgesetze zu verstoßen.

# Ermittlungen gegen Kohl eingestellt — Versuchter Rufmord gescheitert

**Wie von Anfang an zu erwarten war, sind nunmehr die Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl von den Staatsanwaltschaften Bonn und Koblenz eingestellt worden. Diese Ergebnisse der gründlichen Prüfung der Vorgänge durch die Staatsanwaltschaften belegen, daß auch nicht die Spur eines Verdachts auf dem Bundeskanzler lastet, er habe eine uneidliche Falschaussage gemacht.**

Diese Einstellungsbeschlüsse — so **Alfred Dregger** — entlarven aber auch diejenigen, die das Verfahren gegen den Kanzler betrieben haben. Diejenigen, die angeblich aus moralischen Gründen den Kanzler angezeigt haben und die angeblich einen Beitrag zur politischen Kultur in diesem Lande leisten wollten, haben in Wirklichkeit mit juristischen Mitteln den Rechtsstaat diskreditieren und seine Institutionen, zu denen auch das Amt des Bundeskanzlers gehört, in Mißkredit bringen wollen. Es war darüber hinaus nichts anderes als ein Denunzierungsversuch gegenüber einem mißliebigen politischen Gegner. Dies ist gescheitert.

**Im Namen des Präsidiums der CDU erklärt Generalsekretär Heiner Geißler:** Der versuchte Rufmord an Bundeskanzler Helmut Kohl ist gescheitert. Die Staatsanwaltschaften in Bonn und Koblenz sind nach pflichtgemäßer und gründlicher Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß die von Schily sowie politischen und publizistischen Helfern erhobenen Vorwürfe haltlos und nicht gerechtfertigt sind.

Die CDU Deutschlands stellt fest, daß die Staatsanwaltschaft Bonn — laut öffentlichen Erklärungen des General-

staatsanwalts in Köln — dreimal gegen eine Einleitung bzw. für eine Einstellung des Verfahrens votiert hat — Anfang März, Anfang Mai und erneut am 23. Mai 1986. Das Amtsgericht Bonn hat am 17. April 1986 und das Landgericht Bonn am 28. April 1986 Ermittlungsmaßnahmen gegen den Bundeskanzler abgelehnt, weil ein Tatverdacht nicht gegeben sei. Dennoch wurde in der politischen Verantwortung der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen durch den Generalstaatsanwalt in Köln das Verfahren gegen den Bundeskanzler bis zum heutigen Tag anhängig und durch Pressemitteilungen in der öffentlichen Diskussion gehalten. Der Eindruck, daß die Justiz zu politischen Zwecken mißbraucht werden sollte, hat sich verstärkt.

Dieser Eindruck schadet der Justiz und dem demokratischen Rechtsstaat. Er ist mit dem auch von Herrn Rau geforderten politischen Anstand unvereinbar.

**Bundeskanzler Helmut Kohl** erklärte zur Einstellung der Ermittlungsverfahren: Ich habe in den zurückliegenden Wochen als Betroffener der von Herrn Schily in Gang gesetzten Verfahren mich öffentlicher Äußerungen enthalten. Die Einstellung der Verfahren durch die Staatsanwaltschaften in Bonn und Koblenz geben mir Anlaß, erneut mein Vertrauen in die Objektivität der Staatsanwaltschaften auszudrücken.

Die Erfahrungen der letzten Wochen zeigen allerdings, daß von einem Ermittlungsverfahren unschuldig betroffene Politiker sich kaum gegen die politischen Belastungen und Diffamierungen wehren können, die von interessierter Seite mit solchen Verfahren betrieben werden. Da-



zu tragen auch die unerträglichen Indiskretionen im Umfeld der Verfahren bei. Es ist höchste Zeit, daß der Versuch von einigen Politikern und einigen Journalisten, die Justiz zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, aufgegeben wird. Auch die herausgehobene Stellung eines Betroffenen darf nicht zu einer Schutzlosigkeit gegenüber Vorverurteilungen führen, wenn nicht der Satz der Gleichheit vor dem Gesetz pervertiert werden soll.

Vor allem die Justiz nimmt durch diese Art politischer Kampagnen Schaden. Unser demokratischer Rechtsstaat braucht unabhängige, objektive Justizorgane, denen alle Bürger vertrauen können. Dieses Vertrauen gilt es zu stärken. Daran sollten alle mitwirken.

### Zur Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl schreibt die Presse

*Der Versuch des politischen Rufmordes an Bundeskanzler Kohl ist gescheitert.*  
(Frankfurter Neue Presse vom 31. 5. 1986)

*... Auch diese von Schmitz zum Schwerpunkt entwickelte Seifenblase ist zerplatzt.*  
(Bonner Generalanzeiger vom 31. 5. 1986)

*Helmut Kohl kann erleichtert sein. Beide Ermittlungsverfahren, die gegen ihn angestrengt worden waren, sind eingestellt worden ... Im Fall der Bonner Vorwürfe wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Würdigung aller Aussagen Kohls im Zusammenhang die Vorwürfe entkräftet, die der Grünen-Abgeordnete Schily gegen ihn erhoben hatte.*

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 31. 5. 1986)

*Helmut Kohl hat es geschafft: Er hat einen juristischen Sieg errungen, der zugleich politisch äußerst wichtig ist.*

(Stuttgarter Nachrichten vom 31. 5. 1986)

*... steht nach langen und aufregenden Wochen wieder als politischer Saubermann da.*  
(Hessischer Rundfunk, 31. 5. 1986)

*... hat einen persönlichen und politischen Erfolg errungen.*

(Aachener Volkszeitung vom 31. 5. 1986)

*... Er ist jetzt nicht mehr daran zu hindern, die Union in den Bundestagswahlkampf zu führen und sich um die Wiederwahl zu bewerben.*

(Braunschweiger Zeitung vom 31. 5. 1986)

*Nun ist die Luft wieder rein — so rein, wie sie ein Bundestagswahlkampf überhaupt lassen kann.*

(Neue Osnabrücker Zeitung vom 31. 5. 1986)

*Kohl kann aufatmen, Brandt, Rau und Halstenberg müssen eher aufstöhnen.*

(Rheinische Post vom 31. 5. 1986)

*... Die Koblenzer Entscheidung mag dazu beitragen, das Gleichgewicht wieder zugunsten von Kohl zu verändern.*

(Financial Times vom 22. 5. 1986)

*Für den Kanzler ein persönlicher und ein politischer Erfolg. Er wird nicht nur Kohl helfen, sondern auch beruhigend auf das bürgerliche Lager wirken.*

(Welt vom 22. 5. 1986)

*Ein Erfolg des Bundeskanzlers und seiner Verteidiger...* (Rhein-Zeitung vom 22. 5. 1986)

*Einmal mehr war die Justiz als Vehikel dazu benutzt worden, politische Gegensätze auszutragen und Verunsicherung zu verbreiten.* (Westf. Anzeiger vom 22. 5. 1986)

*Das ist gut für die Koalition, aber es ist auch gut für die Republik.*

(Neue Ruhr Zeitung vom 22. 5. 1986)

*Kohl und die Union haben einen nicht zu unterschätzenden Punktsieg errungen.*

(Donau-Kurier vom 22. 5. 1986)

## Neumann bleibt in Bremen CDU-Vorsitzender

Der Landesvorsitzende der Bremer CDU, Neumann, ist auf einem Parteitag für zwei Jahre wiedergewählt worden. Er erhielt 209 Delegiertenstimmen, 22 stimmten gegen ihn. Sein Stellvertreter blieb der Bundestagsabgeordnete Metz.

# Norbert Blüm: An der lohn- und leistungsbezogenen Rente nicht rütteln

**Vor 30 Jahren, am 23. Mai 1956 hat das Bundeskabinett unter Bundeskanzler Konrad Adenauer den Gesetzentwurf zur großen Rentenreform beschlossen. Aus diesem Anlaß erklärte Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung:**

„Unser Ziel muß sein, den Menschen das Bewußtsein zu geben, daß sie sich auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben den Lebensunterhalt selbst verdient haben.“

Dieses Zitat stammt nicht aus der Rentenaufklärungsaktion 1986 der Bundesregierung, sondern vom ersten Arbeits- und Sozialminister der Bundesrepublik Deutschland, Anton Storch, bei der 1. Lesung des Rentenreformgesetzes im Bundestag vor 30 Jahren. Auch wenn sich vieles in diesen drei Jahrzehnten bei den Renten geändert, verbessert hat, dieses Ziel ist unverändert das gleiche geblieben.

Am 23. Mai 1956 hat das Bundeskabinett unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer den Vorschlägen von Bundesarbeitsminister Storch für die Rentenreform zugestimmt. Dieser Kabinettsbeschluß vor 30 Jahren stellte die Weichen. Nur wenige Monate später, im Januar 1957, hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die Rentenreform beschlossen.

Die Rentenreform 1957 war eine zukunftsweisende Entscheidung:

**1. für eine individuelle lohn- und leistungsbezogene Rente,**

■ gegen eine Einheitsrente,

**2. für eine den Lebensstandard sichernde Rente,**

■ gegen eine Rente, die nur die Vermeidung von Not zum Ziel hat,

**3. für eine dynamische Rente, die mit der allgemeinen Lohnentwicklung wächst und die den steigenden Lebensstandard auch an die Rentner weitergibt,**

■ gegen eine statische Rente, bei der die Rentner Jahr für Jahr um den Erhalt ihrer Einkommensposition hätten kämpfen müssen,

**4. für eine beitragsfinanzierte, auf dem Prinzip „Leistung für Vorleistung“ und auf dem Prinzip der Selbstverwaltung beruhenden Rente,**

■ gegen eine steuerfinanzierte, staatliche Zuteilungsrente.

Durch diese Reform wurde der „Generationenvertrag“ in das deutsche Rentenwesen eingeführt. Ängsten, Neid und Mißtrauen zwischen den Generationen wurde damit der Boden entzogen: Die erwerbstätige Generation sorgt für die Renten der Alten. Und sie erwirbt sich selbst damit den Anspruch, im Alter an den wirtschaftlichen Erfolgen der dann Erwerbstätigen teilzuhaben. Zudem wollte Adenauer durch die Rentenreform der Tendenz entgegenwirken, daß „bei dem einzelnen der Wille zur Selbsthilfe immer mehr erlahmt und die gesamte Verantwortung für seine Existenz auf den Staat abgewälzt wird“.

Die Rentenreform 1957 führte zu einer deutlich fühlbaren Verbesserung der damals insgesamt sehr niedrigen Renten um durchschnittlich 65 %. Das Nettorentenniveau — das Verhältnis der Renten zu den verfügbaren Arbeitsentgelten — ist seitdem noch weiter gestiegen. Heute erhält ein Rentner nach 40 Versicherungsjahren fast zwei Drittel und nach 45 Ver-

sicherungsjahren fast drei Viertel des Nettolohns eines vergleichbaren Arbeitnehmers.

Die Rentenreform 1957 war eine Abkehr von dem bis dahin bestehenden Rentensystem mit einem Grundbetrag und verschiedenen Zulagen, das den Rentnern keine ausreichende Lebensgrundlage im Alter gewährleistete. Bereits Ende 1957 mußte die damalige Bundesregierung gegenüber der anfänglichen Kritik an der Rentenreform klarstellen, daß

- die Versicherung auf der Solidarität der in ihr zusammengeschlossenen Versicherten beruht (Generationenvertrag),

- die Sicherung des Lebensunterhalts für alle Versicherten gewährleistet wird, die ein volles Arbeitsleben lang Versicherungsbeiträge gezahlt haben,

- die Versicherten, die nur einige Jahre der Versicherung angehört haben, nicht die gleichen Leistungen verlangen können (Verantwortung für eigene Existenz),

- viele angebliche Härten und Ungerechtigkeiten nicht Folgen der Reform sind, sondern andere Gründe haben, für die nicht die Rentenversicherung, sondern die Allgemeinheit durch anderweitige Sicherungssysteme eintreten muß.

Diese Klarstellungen sind auch heute aktuell und treffen unverändert weiter zu.

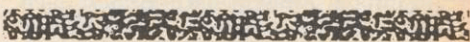
Der 30. Jahrestag der Verabschiedung des Gesetzentwurfs zur Rentenreform 1957 durch das Kabinett ist Anlaß, der damaligen politischen Kühnheit und Weitsicht mit Respekt zu gedenken. Diese Rentenreform wurde zum Herzstück der Sozialpolitik in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das mit der Rentenreform 1957 eingeführte Rentensystem hat sich bewährt und im In- und Ausland Hochachtung erworben.

Gegenüber Rentnern und Beitragszahlern stehen wir in der Pflicht, dieses Rentensystem und das darin gesetzte Vertrauen zu

sichern und zu erhalten. Der Sozialbeirat hat breite Zustimmung zu seiner Feststellung gefunden, daß auch die Probleme, die sich aus dem sich ändernden Altersaufbau unserer Bevölkerung ergeben, in diesem Rentensystem gelöst werden können — ohne unververtretbare Belastungen für Rentner und Beitragszahler.

Deshalb ist Zuversicht berechtigt, daß zwischen Parteien, Sozialpartnern und Rentenversicherungsträgern ein Konsens möglich ist über das, was wir in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages zur weiteren langfristigen Sicherung der Rentenversicherung tun müssen. Diesen Konsens müssen alle wollen, die in der Sozialpolitik Verantwortung tragen.

Denn wir schulden Rentnern wie Beitragszahlern Sicherheit, daß auf den Generationenvertrag Verlaß ist. Heute und morgen wie vor 30 Jahren.



## Renten auch unter Belastung sicher

Auch bei relativ ungünstigen Annahmen kann die gesetzlich vorgeschriebene Mindestreserve bei der Rentenversicherung zumindest bis zu Beginn des nächsten Jahrzehnts eingehalten werden. Dies zeigt eine Untersuchung, die der CDU-Sozialpolitiker Jagoda in Bonn vorgelegt hat.

So wird die sogenannte Schwankungsreserve der Rentenversicherung im Jahr 1990 auch dann noch immer 1,3 Monatsausgaben betragen, wenn die Lohnentwicklung einen jährlichen Zuwachs von 3,5% nicht überschreitet und auch die Zahl der Beschäftigten jährlich nur um 0,2% oder 40 000 zunimmt. Das Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute geht jedoch von einem Anstieg der Beschäftigtenzahl um 283 000 allein in 1986 aus.

# Die Idee der Einheitsgewerkschaft ist in Gefahr geraten

**Der DGB-Kongreß in Hamburg war für alle, die von ihm eine zukunftsweisende Kurskorrektur und Neuorientierung erhofft hatten, eine Enttäuschung. Er hat den DGB nicht aus seiner programmatischen und organisatorischen Krise geführt.**

Zum Abschluß des Kongresses erklärte Generalsekretär **Heiner Geißler**:

Der DGB hat die Chance verpaßt, Perspektiven für Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation zu entwickeln.

Der DGB ist innerlich zerstritten und gespalten. Gegenüber denen, die sich der Tradition der Einheitsgewerkschaft nach wie vor verpflichtet fühlen, gewinnen immer mehr die Gruppen die Oberhand, die sich als verlängerter Wahlkampfarm der SPD verstehen und denen es in Wirklichkeit um gewerkschaftsfremde Ziele und radikale Gesellschaftsveränderung geht.

Der DGB wird seinem Anspruch, eine fortschrittliche und zukunftsgerichtete gesellschaftspolitische Kraft zu sein, nicht mehr gerecht. Dies wird durch sein Versagen in den folgenden **vier Punkten** besonders deutlich:

**① Die Idee der Einheitsgewerkschaft, die den DGB stark gemacht hat und die Sozialisten und Christlich-Soziale über die Parteigrenzen hinweg geeint hat, ist in Gefahr geraten.** Heute wird von Teilen des DGB der Grundsatz der Einheitsgewerkschaft durch die klare Parteinahme, durch offenen Wahlkampf für die Sozialdemokraten in Frage gestellt und die Tür zur sozialistischen Richtungsgewerkschaft geöffnet. Die CDU stellt mit Besorgnis fest, daß die frühere einstimmige und eindeu-

tige Abgrenzung gegenüber Neomarxisten und Grünen brüchig geworden ist. Unverkennbar ist in dieser Frage, daß der DGB vor einer existentiellen Entscheidung steht. Ob der DGB deutlich machen kann, daß er zu einer starken Einheit zurückfindet, hängt in erster Linie von seinen Taten ab.

**② Der DGB hat auf seinem Kongreß nicht deutlich machen können, daß er in der Lage ist, den Strukturwandel der Gesellschaft aufzunehmen und mitzugestalten.**

Die widersprüchliche Haltung zu modernen Technologien und zu Fragen der Energieversorgung schwächt den DGB, weil er sich so von der Zukunftsentwicklung abkoppelt. Neue Techniken ermöglichen Veränderungen der Arbeitswirklichkeit und geben den Menschen Freiräume und Gestaltungschancen. Durch eine neue Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine werden flexiblere Arbeitszeiten möglich; neue Arbeitsplätze werden geschaffen, und es können neue Beschäftigungsformen entstehen, die allen Arbeitnehmern zugute kommen. Die Gewerkschaften müssen erkennen, daß sie mit ihren alten Positionen zu Kapital und Arbeit nicht weiterkommen. Sie bleiben aufgerufen, den Prozeß des Umbruchs und des Wandels aufzunehmen und zukunftsorientiert mitzugestalten.

**③ Stark gemacht hatten den DGB früher seine Glaubwürdigkeit und seine Vertrauenswürdigkeit in der Gesellschaft, vor allem bei den Arbeitnehmern. Heute schwächt sich der DGB selbst durch die Vorgänge um die Neue Heimat.** Der Versuch, sich aus der Verantwortung zu stellen, wird den Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit weiter beschleunigen. Un-

durchsichtiges Geschäftsgebaren und eine den Grundsätzen der Gemeinwirtschaft widersprechende Unternehmenspolitik der Neuen Heimat werden auf den DGB selbst zurückfallen.

Die Gewerkschaften können das einstige Vertrauen nur dann wiedergewinnen, wenn sie bereit sind, die tatsächliche Situation der Neuen Heimat völlig offenzulegen und sich zu ihrer Verantwortung als Unternehmer bei ihren eigenen Angestellten, bei ihren Mietern und der Öffentlichkeit gegenüber zu bekennen.

④ Ein DGB, der aus ideologischen Gründen die Fehler und Mißerfolge einer 13jährigen sozialdemokratischen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wiederholen will, verstößt gegen die wirklichen Arbeitnehmerinteressen. Für jedermann ist heute klar erkennbar, daß die 17 sogenannten Beschäftigungsprogramme der Sozialdemokraten mit einem Umfang von 55 Milliarden Mark weder den Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert, noch neue und dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen haben. Wer daher erneut Vorschläge für schuldenfinanzierte „Beschäftigungs“-Programme auf den Tisch legt, handelt wider seine eigenen Interessen. Gewerkschaften können und müssen kritisch sein, auch gegenüber der Regierung. Kritik kann aber nur konstruktiv sein, wenn sie sachlich und fair ist und nicht die Wahrheit unterdrückt. Die wachsende Zahl an Arbeitsplätzen, die sinkende Arbeitslosenquote, die erreichte Preisstabilität und das wiedergewonnene Wirtschaftswachstum sind Erfolge, die allen Arbeitnehmern zugute kommen. Wer aus einseitigen parteipolitischen Gründen auf einen Konfrontationskurs gegenüber der Regierung setzt und die tatsächlichen Erfolge der Regierungspolitik bewußt verschweigt, wird bei seinen Mitgliedern und den Arbeitnehmern unglaubwürdig. Der DGB als Einheitsgewerkschaft wird

## Der DGB lebt auf einem anderen Stern

*„Der DGB muß auf einem anderen Stern leben. Alle Welt bestätigt, daß es in den Industrieländern Westeuropas nirgends so gut läuft wie bei uns. Das Kontrastprogramm vom DGB:*

*Schwarzmalen, Miesmachen, Heruntermachen. Wem soll das eigentlich nützen? Anscheinend ist dem DGB die Bekämpfung der Regierung wichtiger als der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.“*  
(Norbert Blüm in „Bild am Sonntag“ zum DGB-Kongreß.)

nur dann in der Zukunft erfolgreich sein, wenn er sich als sensibel und leistungsstark erweist, die anstehenden Probleme der Arbeitnehmer lösen zu helfen, und nicht einseitig SPD-Parteiinteressen hinterherläuft. Die CDU fordert den Deutschen Gewerkschaftsbund deshalb auf, wieder zur Parteineutralität zurückzufinden, die einseitige Parteinahme für die Sozialdemokraten aufzugeben und den konstruktiv kritischen Dialog mit der Bundesregierung aufzunehmen. Der Konfrontationskurs gegenüber der Bundesregierung und der CDU von Seiten des DGB hilft niemandem, weder den Arbeitnehmern noch den Arbeitslosen.

## 35 000 neue Arbeitsplätze durch Vorruhestand

Seit Inkrafttreten des Vorruhestandsgesetzes am 1. Mai 1984 haben 50 600 Arbeitnehmer von der Möglichkeit, schon mit 58 Jahren in Rente zu gehen, Gebrauch gemacht. 35 000 Arbeitslose und Berufsanfänger erhielten durch Wiederbesetzung des frei gewordenen Arbeitsplatzes eine Stelle, wie das Bundesarbeitsministerium in seiner Zweijahresbilanz am 26. Mai mitteilte.

# Kongreß „Ärzte gegen Atomtod“ ein sowjetisch gesteuertes Propagandaforum

**In einem Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Sektion der „Internationalen Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges“ hat Generalsekretär Heiner Geißler auch im Namen des Parteivorsitzenden begründet, aus welchen Gründen die CDU eine Einladung der Vereinigung zur Teilnahme an dem Kongreß in Köln nicht annehmen konnte. In dem Brief heißt es u. a.:**

„Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, auf einen grundsätzlichen Aspekt aufmerksam zu machen. Es ist zu begrüßen, wenn auf die Folgen eines Atomkrieges hingewiesen wird. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß der Frieden in der Welt nicht durch die Existenz von Atomwaffen, sondern durch den Gegensatz von Freiheit und Diktatur bedroht ist.

Es gilt, weltweit Freiheit und Frieden zu wahren und zu schützen. Wirklicher Friede läßt sich nur durch den Abbau von Spannungen und durch die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte gewährleisten. Wer den Zusammenhang zwischen Freiheit, Menschenrechten und Frieden leugnet, gefährdet den Frieden und setzt die Freiheit aufs Spiel. Nun wird von Ihrer Seite argumentiert, die Verhinderung des Atomkrieges sei wichtiger als Einzelschicksale von Menschen. Ich halte ein solches Argument für politisch und moralisch untragbar. Anders ausgedrückt heißt dies: **Der Tod von Millionen sei schlimmer als das Leiden, die Folterungen von Hunderttausenden, die angeblich nur ihrer Menschenrechte beraubt seien.**

Dieser scheinbar plausiblen Alternative liegt ein Denkfehler zugrunde. Der ato-

mare Krieg wird ja nicht durch das Schweigen über Menschenrechtsverletzungen, sondern durch Abschreckung und Abrüstung, beiderseitige Abrüstung, verhindert. Wer in der Friedens-Diskussion die Menschenrechte ausblendet, vertritt eine Ideologie, die die Menschheit retten will, aber notfalls auf Kosten des einzelnen Menschen. Wer sich zynisch über sogenannte Einzelschicksale wagt, der erleichtert Diktaturen die Menschenrechtsverletzungen, ohne daß er uns dem Frieden auch nur einen Schritt näher bringt.

Eine Teilnahme an Ihrem Kongreß ist deswegen nicht möglich, weil der Co-Präsident Ihrer Vereinigung, Prof. Tschasow, als stellvertretender Gesundheitsminister der Sowjetunion nicht nur für den Völkermord in Afghanistan mitverantwortlich ist, sondern in seiner ministeriellen Eigenschaft auch die Verantwortung trägt für die Rechtsverordnungen in der Sowjetunion, aufgrund derer sogenannte Dissidenten, d.h. Menschen, die eine andere Meinung haben und äußern als die sowjetische Staatsführung, in psychiatrische Kliniken zwangsweise eingewiesen werden können.

Ich halte es darüber hinaus für einen empörenden Vorgang, daß auf Ihrem Kongreß Prof. Marat Vartanyan an führender Stelle zu Wort kommt, ein Mann, der Mitglied der Kommission ist, die die Entscheidung über die Einweisung von Dissidenten fällt.

Es gibt Beweise dafür, daß Herr Vartanyan z.B. die bejahende Antwort von Dissidenten auf die Frage, ob sie an Gott glaubten, als Rechtfertigung und Begründung für die zwangsweise Einweisung dieser Dissidenten genommen hat.“

# Kraft, Vitalität und Innovationsfähigkeit für die Verwirklichung des freien Europas

„Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wenn wir Europäer weniger darüber nachdenken, was andere für uns tun müssen, sondern selbst das Notwendige tun, werden wir die Zukunft gewinnen und überhaupt kein Problem haben, die japanische Herausforderung zu bestehen. Dann sagen wir zu den Japanern und Amerikanern: Laßt uns dem Geist des Protektionismus abschwören, laßt uns die Grenzen öffnen, laßt uns in Handel und Wandel miteinander konkurrieren, dann wird dieser alte europäische Kontinent eine ungeheure Kreativität und Dynamik entwickeln. Wir dürfen uns selbst nicht krank reden.“

Dieser Aufruf von Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner programmatischen Rede vor der ersten Parlamentarierkonferenz der Europäischen Demokratischen Union im Berliner Reichstag wirkte auf die über 100 Delegierten aus 19 Ländern als Leitmotiv für ihre politische Arbeit. Es gehe nicht darum, ständig die Schwierigkeiten in der europäischen Politik zu beklagen und zu resignieren, sondern mit Kraft, Vitalität und Innovationsfähigkeit die politischen Herausforderungen für das freie Europa anzupacken, sagte der Bundeskanzler.

Zur Konferenz der Europäischen Demokratischen Union, der 1978 gegründeten Arbeitsgemeinschaft 29 christdemokratischer und konservativer Parteien in Europa, konnten der Präsident des Deutschen Bundestages, Philipp Jenninger, und der Präsident der EDU, Alois Mock, über 100 Delegierte der 29 Mitgliedsparteien der EDU in den Berliner Reichstag begrüßen. Auf der Tagesordnung standen die The-

men europäische Integration, Privatisierung, Hochtechnologie und Umweltschutz. In vier Arbeitskreisen wurden richtungweisende Stellungnahmen zu diesen höchst aktuellen und für Europa so wichtigen Themen erarbeitet.

Zur Frage der europäischen Integration sagte Bundeskanzler Kohl: „Wir gehen in der Europäischen Gemeinschaft mit kräftigen Schritten voran. Die im EWG-Vertrag von 1957 verankerten Grundfreiheiten — freier Verkehr von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen — werden im europäischen Binnenmarkt endlich verwirklicht werden. Obwohl Sie niemand finden, der dagegen ist, gibt es mancherlei Schwierigkeiten: Wenn es um das Transportgewerbe und die Versicherungswirtschaft geht, um die Reinheit des Bieres oder technische Normen, dann wird sehr oft — verständlicherweise — das eigene Interesse dem Wohl des Ganzen vorangestellt. Doch es gibt kein Zurück zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts. Wenn die Europäer sich nicht einigen und nicht lernen, mit einer Stimme zu sprechen, dann werden wir ganz gewiß keine Zukunft haben. Wir brauchen die Integration Europas, u. a. auch um im Dialog der Weltmächte unser Gewicht zur Geltung bringen zu können.“

Mit Leidenschaft rief der Bundeskanzler die Delegierten auf, die Integration Europas nicht auf die Europäische Gemeinschaft zu beschränken. „Es gibt natürlich in Europa Länder, die aus ihren Gründen den Weg in die Gemeinschaft jetzt nicht gehen, die uns aber im Europarat und in anderer Weise verbunden sind, wie etwa unsere Freunde in der Schweiz oder Österreich. Und es gibt ja auch noch jene

europäischen Völker, die keine freie Entscheidung treffen können. Die Menschen in Leipzig und Dresden, in Krakau und Warschau, in Prag, Bukarest und Budapest sind natürlich auch Europäer. Sie sind zutiefst europäisch gesonnene Bürger des alten Kontinents, die wir nicht vergessen dürfen.“

In seinen Ausführungen zur Sicherheitspolitik betonte der Bundeskanzler, daß die Politik der von der geführten CDU-Regierung auf den beiden Säulen der europäischen Integration und der Einbindung in die NATO bestehe. Gerade in Berlin sei für alle sichtbar, daß die Werte der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, der Marktwirtschaft und der Demokratie nicht zum Null-Tarif zu haben seien. Er begrüßte die Fortsetzung des Dialoges zwischen den Weltmächten über Rüstungskontrolle und Abrüstung und das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Genf, warnte jedoch gleichzeitig vor unrealistischen Erwartungen: „Man kann nicht erwarten, daß in einer ersten Begegnung Dinge aus der Welt geschafft werden, die in Jahrzehnten gewachsen sind und die in der Verschiedenheit der Systeme begründet liegen, letztlich im Widerspruch zwischen Freiheit und Unfreiheit.“ Das von dem amerikanischen Präsidenten vorgelegte, mit der Bundesregierung abgestimmte Konzept einer globalen Null-Lösung trage den europäischen Sicherheitsinteressen am besten Rechnung.

Mit Blick auf die internationale Diskussion zu den Menschenrechten wies der Bundeskanzler darauf hin, daß nicht nur die Politik des Tages wichtig sei: „Wir brauchen die Vision einer Politik, die gerecht und sozial ist, und dazu gehört auch das Eintreten für die Menschenrechte. Wir müssen darüber sprechen, wenn eine Weltmacht wie die Sowjetunion ein Land wie Afghanistan überfällt und mit Krieg

überzieht und dort in den Hochgebirgstälern Völkermord stattfindet. Unser Eintreten für die Menschenrechte darf sich nicht danach richten, ob Menschenrechte von kommunistischen oder faschistoiden Regimen mit Füßen getreten werden.“

Von besonderem Interesse für die Konferenz war die Diskussion über die Folgen des Kernkraftunfalls von Tschernobyl. Mit klaren politischen Forderungen unterstrich der Kanzler noch einmal die Politik der Bundesregierung: „Wir wissen, daß es ethische Grenzen für uns gibt und daß wir im Umgang mit der Kernkraft den richtigen Weg finden müssen. Wir haben auch Verständnis für die Ängste unserer Mitbürger. Wir müssen zu einer internationalen Verpflichtung aller Länder, die Kernkraftwerke betreiben oder planen, kommen, daß im Falle eines Unfalls unverzüglich die Weltöffentlichkeit und vor allem die Nachbarländer unterrichtet werden. Wir müssen darauf dringen, daß die Sicherheitsstandards international auf der höchstmöglichen Ebene fixiert werden. Dies muß internationaler Kontrolle unterworfen sein. Wir müssen auch dazu kommen, daß derjenige, der einen Schaden verursacht, dafür einzustehen hat. Wenn dieses Prinzip gilt, werden viele sich überlegen, ob sie bei den Sicherheitsvorkehrungen tatsächlich auch wirklich alles tun, was getan werden kann.“

### **Resolution zur Reaktorsicherheit**

Die EDU-Parlamentarierkonferenz verabschiedete nach den Empfehlungen des Bundeskanzlers eine Resolution zur Reaktorsicherheit. Danach soll auf der Parteiführerkonferenz der EDU eine Kommission gebildet werden, welche den EDU-Bericht über Energie und Umwelt ständig überprüft und die Kooperation in Fragen der Reaktorsicherheit und gegenseitigen Information über nukleare Energien koordiniert. Alle Staaten sollen ver-



pflichtet werden, ihre Nuklearkraftwerke auf den höchstmöglichen technischen Standard zu bringen. Nuklearsicherheit soll auch das Thema der KSZE-Folgekonferenz in Wien werden. Alle Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit hinsichtlich der Sicherheit und Kontrolle bei der Produktion von Atomenergie sollen neu untersucht und auf einem internationalen Standard verbessert werden. Hinsichtlich der Kompensation von Schäden aus Unfällen in Nuklearkraftwerken müssen internationale Vereinbarungen verbindlich gelten. Die Parlamentarierkonferenz empfahl, daß sich die internationale Energieagentur mit dieser Frage im Detail beschäftigt.

### **Anspruch auf Einheit der Nation besteht weiter**

Abschließend erinnerte der Bundeskanzler die Delegierten an den Verfassungstag der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz fordere das deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung Einheit und Freiheit zu erreichen. Dies bedeute für die Deutschen zunächst den Verzicht auf jegliche Form von Gewalt als Mittel der Politik. Aber der Anspruch der Deutschen auf die Einheit der Nation bestehe weiter, auch wenn es Generationen dauere. Der Auftrag des Grundgesetzes erinnere uns ständig daran, daß es keinen wirklichen Frieden ohne Freiheit geben könne und deshalb könnten sich die Deutschen auch nicht mit der Mauer abfinden.

**„Die Mauer geht durch Berlin, die Mauer geht durch Deutschland, aber die Mauer geht auch durch Europa, und sie trennt nicht nur Ost und West, sondern sie teilt auch Europa.“** Helmut Kohl forderte die Delegierten auf, darüber nachzudenken, was diese Trennung auch letztlich für ihre eigenen Länder bedeutet.

### **„Jetzt geht's los“**

So lautet die Überschrift im roten Farbkasten, in dem die Zeitung „Niedersachsen am Wochenende“ auf die inzwischen begonnene Weltmeisterschaft hinweist.

Die Zeitung wird gemeinsam von der Bundespartei und der CDU in Niedersachsen herausgegeben und am vergangenen Wochenende sowie den beiden kommenden Wochenenden verteilt. 2875 505 Exemplare sind zum Auftakt gedruckt worden und gelangten durch eine landesweite, flächendeckende Verteilerorganisation aus CDU-Mitgliedern in alle niedersächsischen Haushaltungen.

„Niedersachsen am Wochenende“ ist eine flott gemachte, 16 Seiten umfassende Zeitung: eine bunte Mischung aus Sport und Unterhaltung, Politik und Wirtschaft, Informationen über Niedersachsen, Deutschland und die Welt. Das Fernsehprogramm für die Folgeweche fehlt natürlich nicht, und auch Rätselfreunde kommen auf ihre Kosten. Sie soll mithelfen, die erfolgreiche Politik von Helmut Kohl und Ernst Albrecht den niedersächsischen Wählern zu verdeutlichen.

### **Helmut Kohl einstimmig nominiert**

Bundeskanzler Kohl ist in Ludwigshafen einstimmig zum Direktkandidaten der CDU im rheinland-pfälzischen Wahlkreis 157 nominiert worden. Von den 88 Delegierten stimmten 87 für den Kanzler. Kohl, selbst der 88. Delegierte, beteiligte sich nicht an der Wahl. Den Delegierten seines Heimatwahlkreises sagte Kohl, er wolle da kandidieren, wo er aufgewachsen sei und seine Freunde habe. Er stellt sich damit zum vierten Mal seit 1976 zur Wahl in Ludwigshafen. „Wir haben alle Chancen, die Bundestagswahl wie 1983 zu gewinnen. Und wir werden sie auch gewinnen“, fügte Kohl hinzu.

## Mitgliederwerbung

# Wir schulen Aktionsleiter

Machen Sie mit!

**Über 80 Aktionsleiter für Mitgliederwerbung haben in diesem Jahr bereits an Schulungsseminaren der CDU-Bundesgeschäftsstelle teilgenommen.**

Mit umfassender Information versehen, stehen sie nun im jeweiligen Kreisverband allen CDU-Freunden, die sich als Beauftragte der Mitgliederwerbung angenommen haben, beratend zur Seite und führen gezielte Werbeaktionen durch.

Eine wichtige Aufgabe, die Spaß macht, weil jeder sehr bald konkrete Erfolge in seinem CDU-Verband aufweisen kann: Mehr Mitglieder!

### Aktionsleiterschulung: Auch für Sie!

Auf dem nächsten Aktionsleitertreffen für Mitgliederwerbung in Bonn am 1./2. Juli 1986 werden wir wieder Seminarteilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet begrüßen.

Nach Absprache mit Ihrem Kreisverband können auch Sie dabei sein.

Einzelheiten erfahren Sie unter Telefon Nr. (0228) 544-371 bei uns im Referat für Mitgliederwerbung. Rufen Sie an!

Leitfaden

**„Mitgliederwerbung  
leicht gemacht“**



Erfolgreiche Modelle für CDU-Verbände

**Für Deutschland  
WIR IN DER CDU**

## Unsere Materialien für Ihre erfolgreiche Arbeit vor Ort:

### Leitfaden: Mitgliederwerbung leicht gemacht

Drei erfolgreiche Modelle zur Mitgliederwerbung auf CDU-Verbandsebene werden in dieser Broschüre ausführlich vorgestellt.

Mindestabnahme: 10 Stück  
Preis pro Mindestabnahme: 6,75 DM  
Bestell-Nr.: 6704

## Zehn Fragen, die Sie sich beantworten sollten:



## Mitgliederwerbeprospekt:

### 10 Fragen, die Sie sich beantworten sollten

Auf einleuchtende Art und Weise hilft dieser kleine Fragenkatalog CDU-Anhängern, den letzten Schritt auf dem Wege zur Mitgliedschaft in der CDU zielstrebig anzugehen; denn oft fehlt nur noch ein kleiner Anstoß!

**Mindestabnahme: 100 Stück**

**Preis pro Mindestabnahme: 20,- DM**

**Bestell-Nr.: 6684**

## So werben Sie Mitglieder für die CDU.

**Hinweise, Tips und Argumente  
für Ihr erfolgreiches Gespräch.**



## Faltprospekt:

### So werben Sie Mitglieder für die CDU

Wie führt man ein erfolgreiches Werbegespräch?  
Was muß man dabei in jedem Falle berücksichtigen?  
Auf alle Fragen gibt unser Faltprospekt Tips und Hinweise und hilft Ihnen mit stichhaltigen Argumenten zielsicher weiter.

**Mindestabnahme: 50 Stück**

**Preis pro Mindestabnahme: 13,- DM**

**Bestell-Nr.: 6685**

## Beitrittserklärung

Was jeder CDU-Mitgliederwerber stets in der Jackentasche mit sich führt: die auch optisch ansprechenden Aufnahmeanträge der CDU.

**Mindestabnahme: 150 Stück**

**Preis pro Mindestabnahme: 0,00 DM**

**Bestell-Nr.: 6717**

(Beitrittserklärung ohne Staffel)

**Bestell-Nr.: 6718**

(Beitrittserklärung mit Staffel)

## Willkommens-Scheckheft

Damit sich ein neues Mitglied bei uns in der Union gleich wie zu Hause fühlt.

**Mindestabnahme: 25 Stück**

**Preis pro Mindestabnahme: 9,25 DM**

**Bestell-Nr.: 0316**

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**

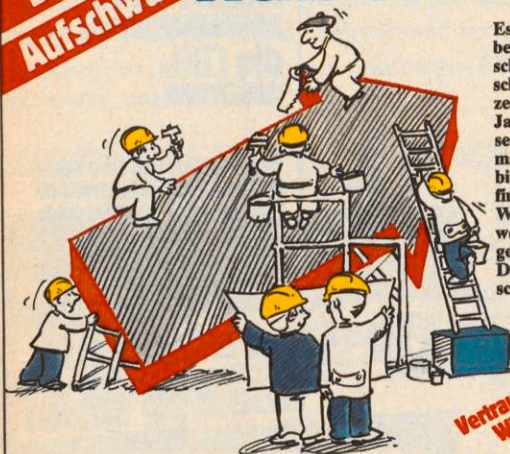
**Postfach 1328**

**4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1

# Immer mehr Menschen haben Arbeit

Das ist der  
Aufschwung



Es geht aufwärts mit den Arbeitsplätzen. Wir haben es geschafft: Die solide Wirtschaftspolitik der Regierung Helmut Kohl brachte in kürzester Zeit wieder positive Wachstumsraten. In diesem Jahr wächst unsere Wirtschaft nach den neuesten Prognosen um 3 bis 3,5 Prozent. Das spürt auch der Arbeitsmarkt, der immer mehr neue und sichere Arbeitsplätze bietet – allein 1986 werden rund 350 000 Menschen Arbeit finden. Und außerdem spürt jeder Arbeitnehmer das Wachstum in der Lohntüte – die verfügbaren Einkommen werden um etwa 5 Prozent steigen. Und: Lohnerhöhungen werden nicht mehr von der Inflation weggefressen. Der Aufschwung ist da. Nur eine wachsende Wirtschaft schafft und sichert Arbeitsplätze.

Vertrauen in die Zukunft  
Wir sind auf einem guten  
Weg in Deutschland

**CDU**  
sicher  
sozial  
und frei

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

# UID

18/86

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.